Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

09.12.1992 - Beschlußprotokoll 23. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
23. Sitzung
09. 12. 92
Nr. 13/316 — 13/339

Nr. 13/316

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Stärkung der beruflichen Bildung
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 25. September 1992
   (Drucksache 13/342)

2. Zukunft der beruflichen Bildung im Lande Bremen
   Große Anfrage der Fraktionen der FDP, der SPD und DIE GRÜNEN
   vom 15. Oktober 1992
   (Drucksache 13/362)

   Fristverlängerung bis 20. Januar 1993 gewährt.

3. Raumordnungsprogramm des Landes Niedersachsen
   Große Anfrage der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN
   vom 2. November 1992
   (Drucksache 13/384)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 24. November 1992
   (Drucksache 13/406)

4. Drogen-Notstand
   Große Anfrage der Fraktion der DVU
   vom 17. November 1992
   (Drucksache 13/399)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 1992
   (Drucksache 13/419)

5. Energiepolitik im Lande Bremen
   Große Anfrage der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
   vom 17. September 1992
   (Drucksache 13/335)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 11. November 1992
   (Drucksache 13/394)

Nr. 13/317

Aktuelle Stunde

Das von den Abgeordneten Wilhelms, Kudella und Fraktion der CDU eingebrachte Thema:

„Ungereimtheiten bei der Privatisierung der Firma ‚Polamar'"

wird zurückgezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag des Abgeordneten Kudella und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Chaotische Zustände im Arbeitsressort".

Nr. 13/318

Maßnahmen gegen extremistische Gewalttäter

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 1992
(Drucksache 13/389)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die Deputationen für Inneres (federführend) und für Justiz und Verfassung.

Nr. 13/319

Rechtsextremismus bekämpfen

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 8. Dezember 1992
(Drucksache 13/425)

Voller Abscheu verurteilt die Bürgerschaft (Landtag) die feigen, heimtückischen und brutalen Anschläge auf Häuser, Wohnungen und Unterkünfte Unschuldiger bis hin zu den Morden in Mölln. Die Bürgerschaft (Landtag) trauert um die Opfer, sie spricht den Angehörigen und den Verletzten ihr Mitgefühl aus.

Mit großer Sorge beobachtet die Bürgerschaft (Landtag) die Zunahme rechtsradikaler Bestrebungen sowie ungehemmter Gewalt gegen Ausländer und Andersdenkende. Die Tatsache, daß in Bremen auch Behinderte Gewaltandrohungen ausgesetzt sind, nimmt die Bürgerschaft (Landtag) mit großem Entsetzen zur Kenntnis.

Die Reaktion darf sich allerdings nicht nur in Bestürzung äußern. Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, aktiv für den Erhalt unseres demokratischen Gemeinwesens einzutreten, sich gegen Ausländerfeindlichkeit, terroristischen Fremdenhaß und die Bedrohung Behinderter und Andersdenkender einzusetzen und jeder weiteren Ausweitung der Gewalt und des Terrors mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Im demokratischen Rechtsstaat dürfen die politischen Auseinandersetzungen nur gewaltlos geführt werden, um so mehr müssen die staatlichen Organe das staatliche Gewaltmonopol konsequent zum Schutz der Demokratie einsetzen.

Die rechtsextremistischen und -terroristischen Gewalttaten der letzten Wochen und Monate sind Anschläge auf unsere Verfassung und auf die demokratischen Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft. Die ausländerfeindlichen und antisemitischen Parolen zeigen schlimme Auswirkungen. Die geistigen Wegbereiter müssen für ihre volksverhetzenden Parolen zur Rechenschaft gezogen werden. Dies gilt auch für die in der Bremischen Bürgerschaft vertretene Deutsche Volksunion (DVU). Wer Gewalt toleriert oder geistige Grundlagen dafür schafft, schließt sich aus dem demokratischen Dialog aus.

Staat, Polizei und Justiz sind aufgefordert, gegen Gewalttäter und ihre geistigen Veranlasser mit der ganzen Härte der Gesetze vorzugehen. Dazu sind die bestehenden Rechtsgrundlagen konsequent anzuwenden und gegebenenfalls gezielt zu verbessern, um aktuellen Bedrohungssituationen jeweils wirksam begegnen zu können.

Wenn Ausländer und Asylbewerber angegriffen werden, dann ist nicht nur der Staat herausgefordert, sondern auch jeder einzelne Bürger. Niemand darf sich aus dieser Verantwortung davonstehlen. Niemand darf zulassen, daß rechtsradikales Gedankengut verbreitet wird. Niemand darf sich seiner Pflicht zu einer wertorientierten Erziehung der Kinder und Jugendlichen entziehen.

Oft ist zugefügtes Leid durch nichts wiedergutzumachen. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet aber von den zuständigen Behörden, daß den Opfern rechtsextremistischer Gewaltakte und den Angehörigen der Opfer sofort und unbürokratisch geholfen wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist dankbar dafür, daß die Bereitschaft in der Bevölkerung wächst, gegen Fremdenhaß und ausländerfeindliche Gewaltakte aktiv vorzugehen und sich für die Erhaltung von Freiheit, Demokratie und Toleranz gegenüber Minderheiten zu engagieren.

Nr. 13/320

Maßnahmen gegen Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 8. Dezember 1992
(Drucksache 13/427)

Die Welle der Gewalt gegen Ausländerinnen und Ausländer, gegen jüdische Friedhöfe und Gedenkstätten in den letzten Monaten darf nicht länger hingenommen werden. Jeder Angriff auf einen Mitbürger jüdischen Glaubens, eine Ausländerin oder einen Asylbewerber ist ein Angriff auf unsere Verfassung, unsere Demokratie, auf uns selbst. Denjenigen, die sich an Minderheiten, an Menschen vergreifen, Brände legen und morden oder dazu anstiften, muß mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegengetreten werden. Verharmlosung gibt den Extremisten Auftrieb und verschafft den Claqueuren ein Alibi. Moralappelle der Politik und Beschwichtigungsformeln reichen nicht aus. Jetzt ist die Zivilcourage aller Demokraten in unserem Lande gefordert. Nicht Reden ist gefragt, sondern politisches Handeln.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, für folgendes einzutreten:

- Die Grundsätze des demokratischen Rechtsstaates sind durch praktische Politik zu bekräftigen. Dazu gehört auch, rechtsradikale Parteien, wie z. B. DVU und Republikaner, wegen ihrer demokratiegefährdenden politischen Ziele entschieden zu bekämpfen. Dazu gehört eine vollständige Ausschöpfung des Strafrechts und der vorbeugenden polizeilichen Mittel, insbesondere der Vorfeldaufklärung zur Verhinderung von Gewalttaten.

- Neonazistischen Gruppen muß auch mit dem Mittel des Vereinsverbots begegnet werden. Aufmärsche und „Heldengedenkfeiern" sind zu unterbinden.

- Die politisch Verantwortlichen sind aufgefordert, aus den Vorfällen der letzten Monate Lehren zu ziehen und der Polizei die notwendige Unterstützung zu gewähren im konsequenten Vorgehen gegen rechtsextreme Gewalt. Zugleich bedürfen unsere Polizeikräfte in ihrem tatkräftigen Vorgehen der Hilfe der Bevölkerung und aller staatlichen Organe.

- Im Bereich der Justiz ist die konsequente Anwendung aller bestehenden Gesetze geboten, ohne daß auf Änderungen von Rechtsgrundlagen zu warten wäre. Jeder Beteiligte muß wissen, daß in der Demokratie des Grundgesetzes rassistische und andere menschenverachtende Taten, Äußerungen und Motive geächtet sind und ihre Bekämpfung durch die volle Ausschöpfung des Strafrechts einschließlich seiner Strafrahmen nicht nur legitim, sondern gerade geboten ist. Mit Nachdruck ist auch dem Verbot der Verbreitung von nazistischen und neonazistischen Propagandamitteln und Symbolen Geltung zu verschaffen. Die Justizminister und -senatoren sind aufgefordert, bei Straftaten, die den öffentlichen Frieden nachhaltig stören, auf die gebotene Beschleunigung der Verfahren hinzuwirken.

- Staat und Gesellschaft dürfen an keiner Stelle Raum und Schutzzonen für die Betätigung von Rechtsextremisten geben. Wir dürfen aber die jungen Menschen, auch wenn sie für rechtsradikales Gedankengut anfällig geworden sind, nicht allein lassen. Es bedarf besonderer Anstrengungen aller Verantwortlichen, um eine schleichende Radikalisierung und ein Abwandern von Jugendlichen in Kriminalität und Rechtsextremismus zu verhindern.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bevölkerung auf, der Fremdenfeindlichkeit und dem Antisemitismus entgegenzutreten. Wer die Gewalt unterstützt oder gar öffentlich Beifall spendet, macht sich mitschuldig gegenüber den Opfern.

Nr. 13/321

Todesstrafe für Mörder
Antrag der Fraktion der DVU
vom 25. November 1992
(Drucksache 13/410)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/322

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Arbeitnehmerkammern im Lande Bremen
Mitteilung des Senats vom 24. November 1992
(Drucksache 13/405)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Artikel 1 Ziffer 1 Buchstabe c sowie den Artikel 1 Ziffer 6 Buchstabe c ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in geänderter Fassung in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/323

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitnehmerkammern im Lande Bremen
Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und DIE GRÜNEN
vom 8. Dezember 1992
(Drucksache 13/426)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/324

Bremisches Gesetz zur Ausführung des Wasserverbandsgesetzes (BremAGWVG)
Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 1992
(Drucksache 13/376)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 13/325

Unterbringung von Asylbewerbern
Antrag der Fraktion der DVU
vom 29. Oktober 1992
(Drucksache 13/387)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/326

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 11
vom 3. November 1992
(Drucksache 13/385)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/327

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 12
vom 17. November 1992
(Drucksache 13/401)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petition wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/328

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 13
vom 1. Dezember 1992
(Drucksache 13/382)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/329

Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft
Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. November 1991
(Drucksache 13/5)

Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes
Antrag der Fraktionen der CDU, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 5. November 1991
(Drucksache 13/6)

D a z u

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft
(zu Drs. 13/5 und 13/6)
vom 17. November 1992
(Drucksache 13/402)

Der Antrag (Drucksache 13/5) ist interfraktionell und der Antrag (Drucksache 13/6) vom Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß in Übereinstimmung mit den Antragstellern für erledigt erklärt worden.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 13/330

Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes
Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. November 1991
(Drucksache 13/7)

D a z u

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes (Teilnahme an Deputationssitzungen; Minderheitenrechte — zu Drs. 13/7) vom 17. November 1992
(Drucksache 13/403)

Der Antrag (Drucksache 13/7) ist vom Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß in Übereinstimmung mit dem Antragsteller für erledigt erklärt worden.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz (Drucksache 13/403) in erster und zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 13/331

Aufgabenüberprüfung bei der Polizei
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 1992
(Drucksache 13/390)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Inneres.

Nr. 13/332

Den Verkehrsinfarkt bekämpfen — Bau der Magnetschnellbahn Berlin—Hamburg—Bremen—Bonn
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 1992
(Drucksache 13/391)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die Deputationen für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (federführend), für Häfen, Schiffahrt und Außenhandel sowie für Umwelt.

Nr. 13/333

Ladenschlußgesetz
Antrag des Abgeordneten Altermann
vom 11. November 1992
(Drucksache 13/393)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die Deputationen für Arbeit (federführend), für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie für den Fischereihafen in Bremerhaven.

Nr. 13/334

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zu den Rechnungen des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 1990 und 1991 (Drucksachen 12/1287 und 13/328)
vom 12. November 1992
(Drucksache 13/397)

Gemäß § 101 LHO wird dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnungen über seine Einnahmen und Ausgaben in den Haushaltsjahren 1990 und 1991 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung erteilt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses (Drucksache 13/397) Kenntnis.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs (Drucksache 13/328) Kenntnis.

Nr. 13/335

„Nazis" in den Altparteien
Antrag (Entschließung) der Fraktion der DVU
vom 17. November 1992
(Drucksache 13/398)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 13/336

Stärkung des Französisch-Unterrichts
Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. November 1992
(Drucksache 13/404)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Bildung und erwartet den Bericht hierzu bis zum 23. April 1993.

Nr. 13/337

Gesetz zur Änderung des Bremischen Zusatzversorgungsneuregelungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 24. November 1992
(Drucksache 13/408)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/338

Umweltverträglicheres Bauen durch PVC-Verzicht
Große Anfrage der Fraktionen DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP
vom 11. November 1992
(Drucksache 13/395)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 1992
(Drucksache 13/412)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/339

Multikultureller EG-Staat? — Nein!
Große Anfrage der Fraktion der DVU
vom 17. November 1992
(Drucksache 13/400)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 1992
(Drucksache 13/420)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Druck: Hans Krohn, Bremen